



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

α.: Aus Schwaben.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Arbeitererhebung benutzt worden wäre, wenn er nicht ein so schnelles Ende genommen hätte. Noch sicherer ist, daß Marx den deutsch-französischen Krieg vorausgesehen und im größten Umfang hat benutzen wollen. Auch hier ist die Rechnung durch die unaufhaltsam schnellen Siege des preußisch-deutschen Heeres durchkreuzt worden. In Folge dieser Siege überwog in Deutschland das befriedigte, in Frankreich das durch Niederlagen erregte Nationalgefühl. Die Atmosphäre war der Verbreitung socialer Leidenschaften nicht günstig. Erst die Vertheidigung von Paris mit ihrer Bewaffnung des Kernes der internationalen Liga gab im verspäteten und ungünstigen Augenblick den Anlaß zu einem Actionsversuch des Bundes. Man wollte in Frankreich der Liga die Herrschaft gewinnen, den Frieden mit Deutschland so lange wie möglich halten, mit der deutschen Regierung so lange wie möglich im Einvernehmen bleiben. Man hoffte, wenn die Nachwirkung der Siege vorüber, das deutsche Staatsgebäude von Innen sprengen zu können. So mögen die Ideen der geheimen und obersten Leiter beschaffen gewesen sein. Und man kann nicht einmal sagen, daß die unmittelbare Action, in der uneingeweihte Elemente theilhaftig gewesen sein müssen, dem eigentlichen Programm widersprochen habe. Als die Regierung zu Versailles weder durch Diplomatie, noch durch Gewalt für dies mal besiegbar erschien, griff die Liga zu der Brandlegung von Paris, um dem dies mal noch siegreichen Gegner die Furcht zu hinterlassen, welchen Feind er vor sich hat, einen Feind, der hier und da befestigt, aber nicht vernichtet ist, der sich immer wieder allenthalben erneuert.

---

## Aus Schwaben.

Mitte Juni.

Am Schlusse der ersten Session des deutschen Reichstags dürfte nicht ohne Interesse sein, den Eindruck näher zu betrachten, welchen seine erste dreimonatliche Thätigkeit auf unsere schwäbische Bevölkerung gemacht hat. Die Theilnahme war, das läßt sich nicht leugnen, eine weit geringere als diejenige, welcher sich das Frankfurter Parlament s. B. zu erfreuen hatte. Aus den Stürmen einer Revolution hervorgegangen und selbst mit revolutionärer Gewalt ausgestattet, vermochte das Letztere die Grundlagen aller socialen und staatlichen Ordnung, die Lebensinteressen aller gesellschaftlichen Classen in Frage zu stellen. Der erste deutsche Reichstag des Jahres 1871 dagegen be-

Grenzboten II. 1871.

4

gann seine Thätigkeit auf dem Boden festgegründeter staatlicher Zustände und hatte von Anfang an nur die Aufgabe, für den gegebenen Stoff die rechtliche Form zu schaffen. Für den Wahn parlamentarischer Omnipotenz, für Kämpfe um Sein und Nichtsein der gesammten socialen Ordnung war kein Raum, und es fehlte dadurch von selbst jener eigenthümliche Nervenreiz, welcher durch die tägliche Bedrohung der Existenzbedingungen eine ganze Bevölkerung in fortwährender Spannung zu erhalten vermag.

Im Gegentheil. Die unerhörten Erfolge der deutschen Heere, speciell aber die Triumphe des am Ruder der deutschen Geschichte stehenden Staatsmanns mußten zu einer Vergleichung dieser Leistungen mit den bisherigen Versuchen, die Einigung der Nation auf parlamentarischem Weg herbeizuführen, überhaupt zu einer Würdigung der wahren Bedeutung des ebenso geräuschvollen als machtlosen Parlamentarismus der deutschen Kleinstaaten führen, und hatten nothwendig in weiten Kreisen die Geringschätzung aller bloß auf die Macht des Wortes gestützten Bestrebungen zur Folge. Nirgends in Deutschland hat daher auch trotz der langjährigen demokratischen Bearbeitung des Volkes der sog. „Bismarckcultus“ so tiefe Wurzeln getrieben als gerade in Schwaben, wo überdies die Zerfahrenheit aller staatlichen Zustände und die weit verbreitete politische Corruption einen Scepticismus erzeugt hatte, aus welchem erst der Reichskanzler die Gemüther zum Glauben an die politische Zukunft der Nation und ihrer Glieder und damit zum politischen Selbstvertrauen wieder erweckt hatte. Diese Stimmung war dem Reichstag nicht günstig. Bei jedem drohenden Conflict stellte man sich unwillkürlich auf die Seite des Reichskanzlers, der die Sache ja doch am Besten verstehe, so namentlich zur Zeit der Spannung wegen der elsass-lothringenschen Frage und wegen des Bunsenschen Antrags. Man fand bei der ersteren keinen greifbaren Anlaß zu der Amendirung der bundesrätlichen Vorlage, da man keinen Grund hatte, der Reichsregierung Neigung zu leichtsinnigem Schuldenmachen zu unterstellen, und man sich auch nicht zurecht zu legen vermochte, weshalb gegenüber der schrankenlosen Dictatur in allen Fragen der persönlichen Freiheit und der Administration der Reichstag gerade die Aufnahme von Anlehen seiner Controle allein unterworfen haben wollte. Auch die Empfindlichkeit des Reichskanzlers gegen die Motive des Bunsenschen Antrags wußte man sich zu erklären. Hatten wir doch erst in den letzten Jahren erlebt, daß, nachdem auf den Antrag der extremsten Demokratie der Sold der Mannschaft erhöht worden war, die Volkspartei diese Thatsache bis unmittelbar vor dem Ausbruch des Kriegs als einen der brauchbarsten Hebel zur Untergrabung der Mannszucht in der Caserne zu benutzen gewußt hatte, indem man die Unzufriedenheit mit der Verpflegung fortwährend zu steigern und dagegen die Demokratie als die wahre Beschützerin der Mann-

schaft und der untern Chargen darzustellen suchte. Noch ein anderer Umstand trug wesentlich dazu bei, die Theilnahme an den Debatten des Reichstags bei uns zu mindern, nämlich der Geist, in welchem die Verhandlungen wie früher des Norddeutschen, so jetzt des Deutschen Reichstags geführt werden. Die norddeutschen Redner sprechen präcis und sachlich. Hervorragende Redner glänzen mehr durch die feineren Blüthen der Beredsamkeit, durch Wit, Ironie, Anspielung, als durch schwungvolles Pathos und Appell an das Gefühl. Jene Beredsamkeit macht nun aber an unser süddeutsches Publicum nach dem durchschnittlichen Bildungszustand der Zeitungsleser zu hohe Ansprüche. Der Mehrzahl fehlt die Kenntniß von Personen und Sachen, welche das Verständniß gerade der bedeutendsten Reden in ihren pikantern Zuthaten erfordert: man findet dann die sachliche Haltung dieser Reden langweilig, soweit solche nicht etwa geradezu von der Parteipresse für die Zwecke ihres Publicums umgearbeitet werden, in welcher Beziehung die demokratischen Blätter, voran die Frankfurter Zeitung, wahrhaft großartige Leistungen aufzuweisen haben. Dazu kommt, daß in Folge der gänzlich veränderten Situation und bei den unverhältnißmäßig gesteigerten Ansprüchen, welche man heutzutage im Vergleich mit den Zeiten der Frankfurter Grundrechte an den Redner stellt, die süddeutschen Abgeordneten, welche noch im Frankfurter Parlament eine hervorragende Rolle spielten, mehr in den Hintergrund getreten sind, womit von selbst das specielle Interesse, welches sich an die Person der Redner knüpft, für die süddeutschen Leser hinwegfallen mußte. Vermochte daher der Ernst, mit welchem die Debatten des Reichstags geführt wurden, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung nicht in dem Maaße zu fesseln, wie es die große Tragweite seiner Beschlüsse erwarten ließ, so folgte man dagegen mit um so größerem Interesse den Angriffen einzelner süddeutscher Abgeordneter auf das bei uns bisher herrschende Regierungssystem. Hier fühlte man sich plötzlich wieder auf heimischem Boden: man war überdies auf allen Seiten von den persönlichen Kämpfen der letzten Jahre noch so sehr erfüllt, daß man auch bei dem Reichstag dasselbe Interesse für die im Augenblicke wenigstens nur noch internen Fragen der bisherigen württembergischen Politik voraussetzte. Diese Stimmung der Wähler wirkte auch auf die Abgeordneten zurück. Man fühlte nach den gehässigen Entstellungen aus der Zollparlamentszeit, vielleicht nicht immer im opportunen Zeitpunkt, das Bedürfniß, endlich einmal, nachdem der Terrorismus der Gegner beseitigt, vor ganz Deutschland der Wahrheit die Ehre zu geben. Natürlich schüttete sofort die ganze demokratische und ultramontane Presse des Südens ihre Galle über die Abgeordneten aus, welche wagten, durch ihre Aeußerungen über die schwäbischen Press- und andere Zustände unter dem Ministerium Varnbüler die Blüthezeit der süddeutschen Freiheit zu verunglimpfen. Auch im „würtembergischen Staats-

anzeiger“ lebte die Erinnerung an die alte Freundschaft wieder auf, und er fiel plötzlich so sehr aus seiner neu einstudirten Rolle, daß er im Bund mit Sonnemann und Probst die Reden von Römer und Schmid aus Anlaß des Antrags über die Abschaffung der Zeitungscautions bescheiden zu müssen glaubte. So viel ist jedenfalls gewiß und läßt sich trotz aller Schönfärberei nicht leugnen, daß die schwäbischen Preßzustände bisher in jeder Beziehung traurig waren und wohl auch in nächster Zeit bleiben werden. Das Uebel liegt in der Kleinheit des Landes und in der bisher-gegebenen Nothwendigkeit, specifisch württembergische Parteiblätter zu schaffen, deren, von dem officiellen Staatsanzeiger und dem von allen Parteien gelesenen Schwäbischen Mercur abgesehen, im Ganzen nur drei, ein nationales, ein demokratisches und ein ultramontanes existiren, welche sämmtlich in Stuttgart erscheinen.

Diese Blätter, welche ohne Unterschied unter derselben Calamität, dem beschränkten Leserkreis und dem beschränkten Capital, zu leiden haben, im Zaum zu halten, bedurfte man allerdings, wenn man nur ernstlich wollte, des bundestäglichen Mittels der Cautionsentziehung nicht: hierzu genügte, neben den willkürlichen Maßregelungen, zu welchen das Preßgesetz legitimirte, die längst bewährte Landesverweisung für auswärtige Journalisten, sobald dieselben wirklich unangenehm zu werden drohten, ein Mittel, dessen halbofficielle Ankündigung schon Wunder zu wirken vermag, wobei wir übrigens gerne constatiren, daß man Freese und den beiden anderen Redacturen der „demokratischen Correspondenz“ zu ihren fortgesetzten Angriffen gegen Preußen Jahre lang ein freundschaftliches Asyl im Lande gewährte. Inländern aber wußte man die Uebernahme der Redaction solcher Parteiblätter, welche, wie wir angedeutet, dem Redacteur keine für die Dauer gesicherte Lebensstellung zu gewähren vermögen, dadurch abzuschneiden, daß man den jungen Theologen und Staatsdienstaspiranten, welche sich hierzu geeignet hätten, jedes spätere Unterkommen im Staats- oder Kirchendienst im Voraus versagte. Die politischen Parteien sind daher regelmäßig für ihre Redactionen entweder auf abgebraunte inländische Subjecte, deren Verwendung in einem kleinen Land, wo jeder die Antecedentien des Andern kennt, ein Blatt von Anfang an ruiniren würde, oder aber auf Ausländer verwiesen, wie denn auch dormalen sämmtliche Parteiblätter der nationalen wie der demokratischen Richtung trotz ihrer specifisch-schwäbischen Aufgabe, auf welcher allein ihre Berechtigung zur Existenz beruht, sich in den Händen auswärtiger Redacteurs befinden. Nachdem nunmehr mit dem Eintritte in das deutsche Reich wenigstens gegenüber von Reichsangehörigen jene ultima ratio (die Ausweisung) hinweggefallen war, hat denn auch das Ministerium sofort die Unhaltbarkeit der bisherigen Preßgesetzgebung erkannt und deshalb schon in Versailles sich den Uebergang dieser und der Gesetzgebung über das Vereinswesen an das Reich ausbedungen. Um so mehr wäre für

den „württembergischen Staatsanzeiger“ in dieser Sache Schweigen Gold gewesen.

Die eigenthümliche Lethargie, in welche der Schwabe nach jeder größeren Aufregung in politischen und anderen Dingen zurück zu fallen pflegt, und welche nach der Aufrüttelung durch die Kriegsmonate mit dem Abschlusse des Friedens nicht ausbleiben konnte, zeigte sich übrigens nicht allein gegenüber dem Reichstag, sondern auch in anderen Fragen. Während in Bayern der Streit um die Infallibilität den ganzen Staat erschütterte und der Sturm dort noch heute nicht zur Ruhe gelangt ist, hat dagegen in Schwaben Klerus und Volk, voran der Bischof und die katholische Facultät, sich um der Einheit der Kirche willen den Anforderungen Roms unbedingt unterworfen; und doch hatte man gerade hier nach den früheren Erklärungen mehrerer kirchlichen Notabilitäten und Angesichts der demokratisch-klerikalen Coalition besondere Beweise von Charakterstärke erwartet. Das Ministerium ist daher — fast allein in ganz Deutschland — in der glücklichen Lage, von der Stärke seines weltlichen Arms auch nicht in einem einzigen Fall eine Probe ablegen zu müssen; ja die ultramontane Presse macht jetzt nicht ohne Grund darauf aufmerksam, daß unsere Regierung auch allein im vorigen Jahre von den zu Rom versammelten Kirchenvätern wegen ihres Verhaltens gegenüber der katholischen Kirche belobt worden sei. Unsere Quietisten und mehr noch die Ultramontanen geben sich denn auch bereits der Hoffnung hin, daß in Bälde den ebenso unnöthigen als langweiligen Angriffen auf die Infallibilitätslehre durch die Staatsanwaltschaft und die Gerichte ein Ende gemacht werde, da ja, namentlich in gemischten Bezirken, bei der hülfreichen Mitwirkung der Schöffen an den höheren Gerichten und unter Anwendung der sonst geeignet erscheinenden Mittel, nicht schwer fallen könne, fernere Angriffe auf jenes Dogma als „Herabwürdigung der Lehren einer im Staat anerkannten Religionsgesellschaft“ oder künftighin als „Beschimpfung einer Einrichtung der katholischen Kirche“ mit der Strafe der Blasphemie, d. h. Gefängniß bis zu 3 Jahren zu belegen. Damit wäre dann auch von selbst die Frage entschieden, welche Tragweite der Erklärung des Ministeriums beizulegen sei, nach welcher dasselbe den Concilsdecreten keinerlei Rechtswirkung auf staatliche Verhältnisse zugehen will, ob namentlich die Justiz und die Gefängnisse nicht zu diesen staatlichen Verhältnissen gehören. — Uebrigens dürfte die schwäbische Bevölkerung rasch aus ihrem dermaligen Schlummer erwachen, denn schon auf den 21. d. M. ist der Landtag nach Stuttgart einberufen und was er bringen wird, ist für die Meisten wenig erfreulich, nämlich neben der Ausgabe von 3 Millionen Papiergeld eine Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer um 50 %, sämmtlicher übrigen Steuern um 25 %.

Auch ohne die Erhöhung des Militäretats durch den Eintritt in das

deutsche Reich (Baden hatte bereits vor dem Krieg seinen Militärstand auf den jetzigen Fuß gesetzt und konnte dennoch seine Steuern herabsetzen) war diese Eventualität schon lange vorauszusagen, wenn man den jährlich sich mindernden Gesamtertrag der Eisenbahnen mit den Summen verglich, welche die Verzinsung der Eisenbahnschuld erfordert und die Steuerzahler zu decken haben. Wir haben in einem früheren Brief gezeigt, wie eng die Eisenbahnpolitik mit dem Regierungssystem der letzten Jahre, mit der Wirtschaft „von der Hand in den Mund“ zusammenhing, welche, um sich nothdürftig die Majorität der Ständekammer zu sichern, dieses Mittels der Stimmengewinnung nicht entbehren konnte. Ja noch mehr! Man lebte trotz aller großdeutschen Velleitäten bis zum vorigen Juli in dem festen Glauben, daß Württemberg die nächste Krise als selbständiger Staat nicht überstehen werde und sprach ziemlich offen aus, daß man in erster Linie dafür sorgen müsse, beim Eintritt der Katastrophe, welche man von dem nächsten französischen Krieg erwartete, die schwäbischen Sonderinteressen möglichst zu wahren. Baue man auch ertragslose Bahnen, so räsonnirte man, so gehen ja die Staatsschulden auf Preußen über, während die Bahnen den Gegenden verbleiben, in welchen sie jetzt, und sonst voraussichtlich nie gebaut würden.

Inzwischen hatte man das große Publicum mit Hilfe der demokratischen und großdeutschen Presse und Parteiagitacion über den wahren Grund des steigenden Deficits im Dunkeln zu halten gewußt, indem man die ganze Schuld an der bedenklichen Finanzlage dem Militarismus und der Verpreußung in die Schuhe schob. Zum Unglück für unsere Finanzkünstler hat nun aber Württemberg auch nach dem Krieg seine staatliche Selbständigkeit bewahrt und das Land hat seine Schulden auch fernerhin allein zu tragen. Nach der neuesten Darstellung des Ministeriums der Verkehrsanstalten beläuft sich das durch Steuern zu deckende Deficit der Eisenbahnen jährlich auf ungefähr 3 Millionen Gulden und dasselbe wird sich mit der Vollendung der gegenwärtig im Bau begriffenen völlig aussichtslosen Bahnen noch bedeutend erhöhen. Dabei kann Niemand die Ertragsberechnungen der Regierung, welche auf wesentlich andern Grundlagen beruhen, als bei einer Privatbahn, irgend wie controliren: wenigstens haben die ständischen Berichtstatter über den Etat der Eisenbahnverwaltung die Unmöglichkeit, aus dem vorgelegten Material einen sicheren Einblick zu gewinnen, schon wiederholt constatirt. Da überdieß der Staat seit Jahren mit dem Bahnbau nie aufgehört hat, so stehen dem Verkehrsminister Mittel der verschiedensten Art zu Gebot, um einen möglichst günstigen Ertrag der bereits vollendeten Bahnen herauszurechnen, wie z. B. durch die Verwendung des Betriebmaterials der neuen Bahnen auf den alten, und ähnliche Vortheile. Eine zuverlässige Ertragsberechnung ist daher jedenfalls in so lange nicht zu erwarten, als der Staats-

eisenbahnbau nicht zum Abschluß gelangt ist, und diesen möglichst hinauszuziehen liegt im Interesse jedes Verkehrsministers.

Unter diesen Umständen ist allgemein aufgefallen, daß der Finanzminister zur Motivirung der neuerdings beantragten Steuererhöhung in dem eingebrachten Gesetzesentwurf als Grund der Unzulänglichkeit der Staatseinnahmen nur „den höheren Bedarf für das Heer und den Wegfall der Kriegsdienstabgabe“ (beide Folge der neuen Reichsgesetzgebung), sowie „die Vermehrung der Staatsschuld“ (nach dem Vorangeschickten sind darunter die Kriegsanlehen gemeint) angibt, das Eisenbahndeficit aber verschweigt: also thatsächlich die ganze Schuld der verschlimmerten Finanzlage auf das Reich abzuwälzen sucht, während gleichzeitig der Ueberblick über die Ergebnisse der Staatseinnahmen und Ausgaben bis vor Beginn des Kriegs als „ein sehr erwünschter“ bezeichnet wird. Die Tendenz, den Staatsbürgern die Freude an den neuen Rechtszuständen zu verderben, um die glücklichen Zeiten vor dem Jahre 1871, als man noch die Kosten deutschen Grenzschutzes auf den Nordbund abladen zu können glaubte, in die Erinnerung zurückzurufen, konnte wohl kaum in einer plumperen Weise ausgesprochen werden, als hier durch den Finanzminister geschah, und man schließt nicht ohne Grund aus diesem Auftreten auf eine gegenwärtig stärker hervortretende Verstimmung einzelner Minister über das Reich, wie denn auch sonst die Zurückhaltung der Regierung gegenüber der Einzugsfeierlichkeit in Berlin, sowie rücksichtlich des allgemeinen deutschen Kirchengebets am 18. d. M. in den letzten Tagen vielfach aufgefallen ist. Bereits hat auch der Beobachter, der seit dem 1. Juni in die Hände einer Actiengesellschaft der vereinigten großdeutsch-demokratischen Partei übergegangen ist, und jetzt von dem bisherigen Redacteur des Frankfurter Journals, von Hasenkamp und einem der früheren Redacteurs der demokratischen Correspondenz in der alten Richtung, wenn auch in etwas anständigerem Ton redigirt wird, diese Steuererhöhung und ihre ministerielle Motivirung mit Jubel begrüßt; er rechnet mit Sicherheit auf einen raschen und gründlichen Umschwung der öffentlichen Meinung im Sinn des Particularismus und der Demokratie: er hatte ja die „Steuerschraube ohne Ende“ zu Gunsten des Cäsarismus und Militarismus längst vorausgesagt und prophezeit, daß man häufig „den Schweiß des Volks“ dem „Moloch der Gewalt“ opfern werde. Dazu das Dotationsgesetz! Gern hätte man zwar den Franzosen seiner Zeit die Milliarden im Interesse der Völkerverbrüderung erlassen; wenn dagegen jetzt ein kleiner Theil derselben als Nationaldank den verdienstesten Männern Deutschlands zugewendet wird, so ist es das arme steuerzahlende Volk, dem man zur Bereicherung der militärischen Aristokratie auch noch den letzten Heller auspreßt. Die Erbitterung unserer Particularisten und Demokraten über das Dotationsgesetz hat übrigens noch einen tieferen Grund.

Nirgends hat das uralte Streben der Demokratie, jede geistige Leistung, welche sich über das Maaß der durchschnittlichen Mittelmäßigkeit erhebt, herabzudrücken und zu verkleinern, so umfassende Geltung erlangt als bei uns. Hatte man doch seit Jahren sich bemüht, den halb gebildeten Dorfschulmeister gegenüber dem wissenschaftlich gebildeten Lehrer und dem Geistlichen, die Schreiber und die andern Handlanger im Staatsdienst gegenüber den höher stehenden Staatsbeamten, die untern Chargen im Militär gegenüber den oberen in jeder Weise zu bevorzugen, und nun tritt das Reich mit der Anmaßung auf, außerordentliche Leistungen außerordentlich zu belohnen und damit dem Verdienst Ziele zu setzen, welche über die Leistungsfähigkeit und das Verständnis der Kleinstaaten weit hinausreichen! Daher ist ganz charakteristisch, daß die demokratische Presse in Frankfurt \*) und Stuttgart den Dotationen der deutschen Heerführer und Staatsmänner den ostracismus der athenischen Volksversammlung als demokratische Forderung gegenüberstellt!

Uebrigens dürfte das Wiederaufleben der demokratischen Bewegung, so sehr man vielleicht auch jetzt schon auf die Unterstützung dieser Partei im passenden Augenblick rechnet, die Stellung des Ministeriums gegenüber dem bevorstehenden Landtag kaum erleichtern. Zunächst werden die Minister in ihrer Mehrheit wegen ihrer großdeutschen Antecedentien und ihres raschen Gesinnungswechsels bei veränderter politischer Situation als Renegaten von den Großdeutschen und Demokraten angefeindet. Aber auch bei der nationalen Partei genießen dieselben im Ganzen kein großes Vertrauen, obgleich noch in Berlin Versuche gemacht wurden, unter den nationalen Abgeordneten Propaganda für eine ministerielle Partei im Landtag zu machen. Zwar hatte das Ministerium, um jeden Zweifel an seiner loyalen Gesinnung gegenüber dem Reich für die Zukunft auszuschließen, seine eigene Popularität wiederholt aufs Spiel gesetzt: so durch die Uebertragung der Gesetzgebung über die Presse und das Vereinswesen an das Reich, und durch den Antrag auf Einführung des Tabaksmonopols: man hatte im Gegensatz zu den bayerischen Sondergelüsten die Einverleibung von Elsaß und Lothringen durch den preussischen Staat verlangt, man hatte endlich, als es sich um die Einführung der Gesetzgebung des norddeutschen Bundes handelte, wiederum im Gegensatz zu der Scrupulosität des bayerischen Ministeriums, um der einheitlichen Gesetzgebung willen in einer Reihe wichtiger Specialfragen sich über alle Bedenken des particulären Landesinteresses unbefangen hinweggesetzt. Dennoch findet man bei der nationalen Partei nicht die erwartete Anerkennung. Der Grund liegt nahe, er liegt weniger in dem über Nacht eingetretenen Gesinnungswechsel — in weltgeschichtlichen Wendepunkten, wie der gegenwärtige, sind solche Wandlungen von jeher vorgekommen und verdienen gewiß mehr Anerkennung als

\*) Und Berlin!

die hornirte Hartnäckigkeit der noch vorhandenen Reste der großdeutschen Politiker, — als in dem noch immer nicht gehobenen Zweifel, ob man offen und ehrlich sich zur nationalen Politik bekennen will, oder nur die jetzige politische Lage noch nicht geeignet erachtet, um wieder an die alten Bestrebungen anzuknüpfen. Diese Zweifel werden durch das Verhalten einzelner Minister in Personalfragen noch genährt, wenn man wahrnimmt, daß auch jetzt noch die verbissensten Gegner der politischen Neugestaltung Deutschlands des speciellsten Vertrauens genießen, während die Männer der nationalen Richtung noch immer mit jenem Haß verfolgt werden, welchen die Zollparlamentsfehden der letzten Jahre großgezogen haben.

Dazu kommen dann noch die Schwierigkeiten, welche in der Stellung der Minister unter sich, zur Krone und zur Reichsgewalt begründet sind. Von einem Theil der höhern Bureaokratie, an dessen Spitze der Finanzminister stehen soll, wird nämlich in neuerer Zeit die Ansicht zur Geltung gebracht, daß von einzelnen der diesseitigen Vertreter im Bundesrath die specifisch württembergischen Interessen nicht genügend gewahrt worden seien, daß man weiter gegangen sei, als Preußen selbst erwartet habe und erwarten konnte, und daß man die ganze württembergische Verwaltungsmaschine ohne Noth in Verwirrung gebracht habe. Natürlich fehlt es nach Oben wie nach Unten nicht an geneigten Ohren für solche Vorwürfe, da das Bestehende immer die Macht der Trägheit für sich hat.

Schon die nächsten Tage müssen zeigen, durch welche Mittel das Ministerium über die verschiedenen Klippen seiner Stellung hinwegkommen wird. Einer der wichtigsten und härtesten Kämpfe wird sofort über die Bankfrage entstehen, welche zur Ueberraschung des nicht eingeweihten Publicums mit Rücksicht auf die bevorstehende Einführung der Reichsgesetzgebung jetzt in aller Hast zur Erledigung kommen soll. Außer den zu creirenden 3 Millionen Staatspapiergeld soll die zu gründende Bank noch vor Thorschluß bis zu 15 Millionen Banknoten auszugeben ermächtigt werden. Die Interessen an dieser Concession erstrecken sich in die verschiedensten Kreise der Gesetzgebung, wie der Verwaltung: die Gefahr, daß das Interesse der Gesamtheit dem Vortheil Einzelner geopfert werde, liegt sehr nahe. Es war jedenfalls ein glücklicher Griff, daß der „Beobachter“ sich sofort zum Träger der Agitation in der Bankfrage gemacht hat; denn das Bankproject, in welchem das Land in seiner großen Mehrheit ohne Unterschied der Parteien nur das Mittel der Exploitation des Publicums zu Gunsten einiger Stuttgarter Familien erblickt, hat nicht nur die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Grad auf sich gezogen, sondern es ist auch die nur in einem kleinen Land, wie Württemberg, mögliche Calamität eingetreten, daß sämmtliche größere politische Blätter des Landes, d. h. Stuttgart's, außer dem Beobachter, aus persönlichen Gründen

zum Stillschweigen, wenn nicht gar zur Vertheidigung der Bankinteressen verurtheilt sind. Warum Württemberg im letzten Augenblick noch mit einer solchen Masse von Papierwerthen, welche die bisherige Circulation auf einmal um das sechsfache übersteigen würde, überschwemmt werden soll, warum, wenn nicht das Interesse Einzelner, sondern das allgemeine Beste diese Notenemission fordert, es solche Eile hat, die Cognition der Reichsgesetzgebung auszuschließen, ist für den Unbetheiligten kaum erklärlich, zumal die Verhandlungen wegen der Bank sich ohne Schädigung der Landesinteressen schon seit 6 Jahren erfolglos hingezogen hatten, und das Reich gewiß auch den Anforderungen des schwäbischen Handels gerecht zu werden wissen wird.

Ueber den Verlauf des Landtags wird unser nächster Brief berichten.

a.

## Berliner Briefe.

Berlin, den 23. Juni 1871.

Seit Anfang dieser Woche leben wir in dem gemüthlichen Zustande, welcher im Familienleben große Wäsche genannt wird. Zuerst kam der Regen, der sich fast mit dem Glockenschlage der letzten Feierlichkeit einstellte und wusch die via triumphalis gründlich von dem Staub und Schweiß der Hunderttausende ab, die sich in den schönen aber heißen Tagen des Festes dort umhergetummelt hatten, dann gingen die Arbeiter an das Werk und „rollten“ die Belarien säuberlich zusammen und trugen die großen Säulen der Triumphbogen und die Kunstbauten der Tribünen so sorgfältig ab, wie wenn dieselben in die Schachtel gepackt werden sollten, um bei nächster Gelegenheit wieder dienen zu können. In langen Zügen werden die Kanonen, welche die Lindenpromenade geschmückt hatten, wieder abgefahren und wenn die letzten Dickköpfe, die noch dort stehen, die Vierundzwanzig-Pfünder von Vanves, La Fère und von Soissons, auch fort sein werden, wird man die Bitter und die Promenade wieder in Ordnung bringen. Selbst im Reichstag haust, seit der Präsident abgereist und das Gebäude dem Regierungscommissar übergeben worden ist, die Scheuerfrau und angesteckt von der herrschenden Epidemie wäscht Graf Bismarck — den Alerikalen den Kopf. Die Alerikalen haben es immer und gewisse dunkle Protestanten haben es wenigstens manchmal leise gesagt, daß der Reichskanzler ein schlechter Christ sei, und unchristlich ist von ihm wirklich, daß er den Römlingen die Freude des Papst-Jubiläums und die